

AZ: FBL I - Ko/Krö -

**Drucksache Nr.: 0704/2003/DS**

=====

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Behandlung</b>
Ratsversammlung	21.06.2005	Ö	Endg. entsch. Stelle

**Berichterstatter:**

Oberbürgermeister

**Verhandlungsgegenstand:**

**Einigungsstellenverfahren nach dem  
Mitbestimmungsgesetz**

**A n t r a g:**

Vom Ergebnis des Einigungsstellenverfahrens im Technischen Betriebszentrum wird Kenntnis genommen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Einsparung von Personalkosten in Höhe von jährlich rund 300.000,00 Euro.

## **Begründung:**

Im Hinblick auf das DGM-Gutachten wurden bereits seit 2004 frei werdende Stellen im TBZ vorsorglich nicht wiederbesetzt, um auf die Ergebnisse des Gutachtens flexibel reagieren zu können.

Da die Schlussfolgerungen aus dem Gutachten erst nach eingehenden Untersuchungen und Prüfung der Betriebsabläufe gezogen werden können, steht noch nicht in allen Bereichen der definitiv benötigte Personalbedarf fest.

Nachdem die Stellenvakanzen auf inzwischen 17 Stellen angewachsen war, hat der Personalrat ein Einigungsstellenverfahren nach dem Mitbestimmungsgesetz eingeleitet, das zum Ziel hatte, zumindest einen Teil der unbesetzten Stellen wiederzubesetzen, um die aus Sicht des Personalrates gesehene Überlastung der Beschäftigten abzubauen.

In der Sitzung der Einigungsstelle am 06. Juni 2005 wurde der beigefügte Kompromiss erzielt, auf den verwiesen wird.

Konkret bedeutet dies Folgendes:

Bei insgesamt zurzeit 17 Stellenvakanzen werden lediglich 3 Wiederbesetzungen vorgeschlagen (1 in der Straßenunterhaltung und 2 in der Grünflächenunterhaltung).

Je 2 Stellen in der Abfallwirtschaft und in der Straßenreinigung sollen zunächst nur zeitlich befristet wiederbesetzt werden, da eine nähere Untersuchung der Firma INFA noch aussteht bzw. ein neues Straßenreinigungskonzept noch nicht umgesetzt werden konnte.

Dem gegenüber steht die Einsparung von 8,5 Stellen und ein „kw-Vermerk“ (bei einem langzeiterkrankten Mitarbeiter).

Das Einsparpotential bei den Personalkosten beträgt jährlich rund 300.000,00 Euro.

Die Verwaltung beabsichtigt, nach dem Spruch der Einigungsstelle zu verfahren.

Unterlehberg  
Oberbürgermeister

### **Anlage:**

- Kompromiss vom 01. Juni 2005